



öffentlich

Beschlussvorlage			
Betreff			
A) Finanzierungsübertragung ÖSPV B) Regelungen ÖPNV-Pauschalen § 11 Abs. 2 ÖPNVG			
Organisation	Bereich/Periode/Jahr/Lfd. Nr./Nachtrag	Datum	lfd. Nr. BPL
AöR	N/VIII/2012/0342	30.05.2012	17

<u>Beratungsfolge</u>	<u>Zuständigkeit</u>	<u>Sitzungstermin</u>	<u>Ergebnis</u>
Ausschuss für Investitionen und Finanzen der VRR AöR	Empfehlung	04.07.2012	<input type="checkbox"/>
Unternehmensbeirat der VRR AöR	Empfehlung	25.06.2012	<input type="checkbox"/>
Verwaltungsrat der VRR AöR	Empfehlung	05.07.2012	<input type="checkbox"/>
Verbandsversammlung des Zweckverbandes VRR	Entscheidung	05.07.2012	<input type="checkbox"/>

Beschlussvorschlag:

Teil A: Finanzierungsübertragung ÖSPV

Der Ausschuss für Investitionen und Finanzen, der Unternehmensbeirat und der Verwaltungsrat der VRR AöR empfehlen der Verbandsversammlung des ZV VRR folgenden Beschluss zu fassen:

- Die Aufgabenträger, die einzelne Übertragungen (Ausgleich gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen, ÖPNV-Pauschale nach § 11 (2) ÖPNVG NRW und Ausbildungsverkehr-Pauschale nach § 11a ÖPNVG NRW) längstens bis zum Jahr 2012 beschlossen haben (s. Anlage), werden gebeten eine Beschlussfassung herbeizuführen, die der Beschlussfassung der Verbandsversammlung vom 17. Dezember 2009 entspricht (Drucksache F/VII/2009/0355).

Teil B: Regelungen ÖPNV-Pauschalen § 11 Abs. 2 ÖPNVG

Der Ausschuss für Investitionen und Finanzen, der Unternehmensbeirat und der Verwaltungsrat der VRR AöR empfehlen der Verbandsversammlung des ZV VRR folgenden Beschluss zu fassen:

- Die Kreisabschlagsregelung und die Regelungen zur Abwicklung der ÖPNV-Pauschale nach § 11 (2) ÖPNVG NRW sollen für ein Jahr, d. h. bis Ende des Jahres 2013, unverändert fortgeführt werden.
- Sollte die Novellierung des ÖPNVG NRW doch noch rechtzeitig im Jahr 2012 erfolgen, wird der VRR einen Vorschlag für eine Folgeregelung ab dem Jahr 2013 zeitnah nach der Novellierung des ÖPNVG NRW in die Gremien des VRR einbringen.

Begründung/Sachstandsbericht:

Teil A: Finanzierungsübertragung ÖSPV

Die Verbandsversammlung des VRR hat mit Beschluss vom 17. Dezember 2009 die Mitgliedskommunen gebeten, dem Zweckverband VRR die Finanzierung des kommunalen ÖPNV und die Abwicklung der ÖPNV-Pauschale nach § 11 (2) ÖPNVG NRW sowie die Ausbildungsverkehr-Pauschale nach § 11a ÖPNVG NRW entsprechend den Übergangsvorschriften der VO [EG] Nr. 1370/2007 bis zum 31. Dezember 2019 zu übertragen (Drucksache F/VII/2009/0355).

Mit Beschluss vom 1. Oktober 2010 hat der Verwaltungsrat der VRR AöR eine Fortführung des Kreisabschlages zunächst bis Ende 2012 in unveränderter Form beschlossen. Weiterhin hat der Verwaltungsrat in der o. g. Sitzung beschlossen, die Abwicklung der ÖPNV-Pauschale nach § 11 (2) ÖPNVG NRW aufgrund der unklaren Gesetzlage bis Ende 2012 unverändert beizubehalten.

Größtenteils wurden die örtlichen Beschlüsse zur Aufgabenübertragung der ÖPNV-Finanzierung und der Abwicklung der ÖPNV-Pauschale nach § 11 (2) ÖPNVG NRW sowie der Ausbildungsverkehr-Pauschale nach § 11a ÖPNVG NRW wortgleich zu der Empfehlung der Verbandsversammlung gefasst. In Einzelfällen wurden die Beschlüsse jedoch aufgrund offener Fragestellungen zum Kreisabschlag und der unklaren Gesetzeslage zum ÖPNVG

NRW modifiziert. In der Regel betraf dies die Laufzeit der Beschlüsse, die dann bis Ende des Jahres 2012 befristet wurde. Die Anlage zeigt die dem VRR vorliegende örtliche Beschlusslage.

§ 5 Abs. 6 ZVS sieht eine Befristung der Aufgabenübertragung bis zum 31.12.2012 vor. Die erforderliche Satzungsänderung ist spätestens im Dezember-Sitzungsblock vorgesehen.

Die Aufgabenträger, die einzelne Übertragungen (Ausgleich gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen, ÖPNV-Pauschale nach § 11 (2) ÖPNVG NRW und Ausbildungsverkehr-Pauschale nach § 11a ÖPNVG NRW) längstens bis zum Jahr 2012 beschlossen haben (s. Anlage), werden gebeten eine Beschlussfassung herbeizuführen, die der Beschlussfassung der Verbandsversammlung vom 17. Dezember 2009 entspricht (Drucksache F/VII/2009/0355). Hierbei ist vorgesehen, dass die örtlichen Beschlüsse analog der Laufzeit der Übergangsvorschriften der VO [EG] Nr. 1370/2007 bis zum 31. Dezember 2019 befristet sind.

Teil B: Regelungen ÖPNV-Pauschalen § 11 Abs. 2 ÖPNVG

Aufgrund der Auflösung des NRW-Landestags im März 2012 und die dadurch notwendigen Neuwahlen wurden alle laufenden Gesetzgebungsvorhaben beendet. Sie beginnen in der nächsten Legislaturperiode neu. Dies bedeutet, dass die Novellierung des ÖPNVG NRW ebenfalls nicht kurzfristig zu erwarten ist. Dem Auftrag, Kreisabschlag sowie Fahrzeugförderung und Aufgabenträgerpauschale (basierend auf der ÖPNV-Pauschale nach § 11 (2) ÖPNVG NRW) in einem Gesamtkontext auf Basis des neuen ÖPNVG NRW zu bewerten und Vorschläge zur Verteilung der Mittel zu machen, kann derzeit nicht Rechnung getragen werden.

Da jedoch die Beschlüsse des Verwaltungsrats zur Abwicklung der ÖPNV-Pauschale nach § 11 (2) ÖPNVG NRW und zum Kreisabschlag bis Ende des Jahres 2012 befristet sind, besteht trotz der noch ausstehenden Gesetzesnovellierung Handlungsbedarf bzgl. der Aufgabenübertragungen auf den VRR.

Planmäßig werden die nach § 19b (2) Zweckverbandssatzung verpflichtend zu führenden lokalen Anhörungsgespräche im letzten Quartal des Vorjahres geführt. Um die Voraussetzung zum Führen der lokalen Anhörungsgespräche für den Verbundetat 2013 zu schaffen, die auch die Kreisabschlagsregelung und die ÖPNV-Pauschale nach § 11 (2) ÖPNVG NRW beinhalten, wird folgendes Vorgehen vorgeschlagen:

- Die Kreisabschlagsregelung und die Regelungen zur Abwicklung der ÖPNV-Pauschale nach § 11 (2) ÖPNVG NRW sollen für ein Jahr, d. h. bis Ende des Jahres 2013, unverändert fortgeführt werden.
- Sollte die Novellierung des ÖPNVG NRW doch noch rechtzeitig im Jahr 2012 erfolgen, wird der VRR einen Vorschlag für eine Folgeregelung ab dem Jahr 2013 zeitnah nach der Novellierung des ÖPNVG NRW in die Beschlussgremien des VRR einbringen.

Anlage